

Trasse demokratisch beschlossen

CELLE. Der Bundestagsabgeordnete Henning Otte verweist zusammen mit seinem Landtagskollegen, Ernst-Ingolf Angermann und dem Kreistagsabgeordneten sowie Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Trassenneubau Jan-Hendrik Hohls (alle CDU) im Rahmen der Planung des Schienenverkehrs im Hafenhinterland auf den Beschluss des Deutschen Bundestages zum Bundesverkehrswegeplan 2030. Am Rande der Klausurtagung der Kreistagsfraktion erklärte er:

„Wir haben die Gesetze am 2. Dezember 2016 mit großer Mehrheit im Bundestag beschlossen – mit den Bedingungen, die zuvor im Abschlussdokument des Dialogforums Schiene Nord (DSN) zwischen allen Seiten verabredet worden sind. Dazu gehört insbesondere modernster Lärm-schutz“.

Wenn jetzt die Stadt Lüneburg versuche, gegen diesen Kompromiss Stimmung zu machen, widerspreche dieser eigenen Stellungnahme noch Ende Oktober 2015, in der sie ver-

lautbarte, sich der sogenannten „Alpha E-Variante“ grundsätzlich anzuschließen. Seitdem gab es keine Faktenänderung. D

Otte verweist auch darauf, dass bei Umfahrungen oder Neubautrecken die Gefahr bestehe, dass Städte wie Celle, Uelzen, Lüneburg vom schnellen Personenverkehr abgehängt werden, da Fahrzeiten und Kapazitäten eingespart werden können, wenn der schnelle vom langsamen Personenverkehr und dem Güterverkehr getrennt werde. (bsa)